

Sozialismus.de

Heft 5-2022 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

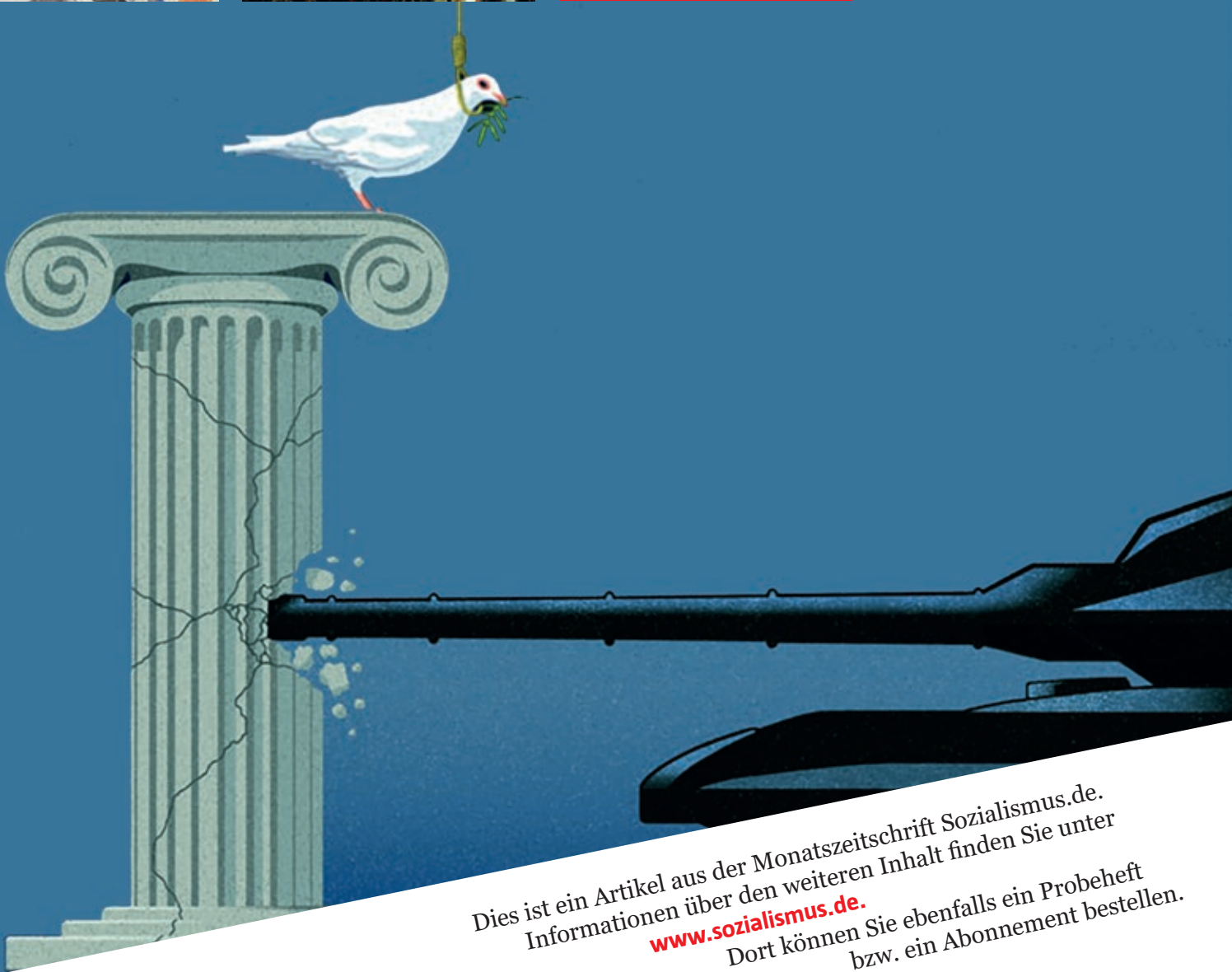


Stephan Krull, Bernd Kruppa,
Kerstin Klein, Peter Stahn:
Betriebsratswahlen 2022 in
der Automobilindustrie

Beiträge u.a. von

Adam Tooze, John P. Neelsen,
Lutz Brangsch, Fritz Fiehler,
Joachim Bischoff, Björn Radke,
Friedrich Steinfeld, Siegfried
Prokop, Klaus Schneider

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Friedensbewegung aus der Zeit gefallen?

Mit rund 80 Kundgebungen in ganz Deutschland verdeutlichen die diesjährigen Ostermärsche, die noch bis einschließlich Montag in der gesamten Republik stattfinden, die Ziele der Friedensbewegung: »Frieden schaffen ohne Waffen«. Im Fokus der Proteste steht der Krieg in der Ukraine.

Kaufkraftverluste als Treiber von sozialer Ungleichheit

Auch in Deutschland sind die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs deutlich zu spüren. Insbesondere den drastischen Preisanstieg für Energie, aber auch für Lebensmittel bekommen vor allem ärmere Haushalte und Familien zu spüren.

»Friede, Stabilität, Vucic«

Am 3. April gab es in Serbien gleich drei Wahlentscheidungen: die Präsidentschaftswahl, eine Neuwahl des Parlaments und schließlich wurde auch in der Hauptstadt Belgrad gewählt. Der amtierende autokratische Präsident Aleksandar Vučić hatte die Wahlen vorziehen lassen, um seine Vorherrschaft abzusichern.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Bedrohungspotenziale

Redaktion Sozialismus.de:

Kann Macron die tiefe soziale Spaltung Frankreichs überwinden? 2

Björn Radke: Ist das 1,5-Grad-Ziel noch realistisch? 9

Kriegsursachen und -folgen

Friedrich Steinfeld: Der Russland-Ukraine-NATO-Krieg

vor einer weiteren Zuspitzung 13

Lutz Brangsch: Hintergründe des Russland-Ukraine-Krieges

Eine wirtschaftsgeschichtlich orientierte Skizze 18

Fritz Fiehler: Der Kreml – ein Rentierstaat

Wie hält Putin knapp 145 Millionen Menschen bei der Stange? 24

Adam Tooze: Krieg und Frieden. Neue Weltordnung oder Ära zäher

Kompromisse am Ausgang des »Endes der Geschichte« 28

Transformationen

Joachim Bischoff: Tektonische Transformationen im Kapitalismus

Umbau von gesellschaftlicher Wertschöpfung und Lebensweisen 34

John P. Neelsen: Die »wertebasierte internationale Ordnung«

Ein neo-imperialistisches Hegemonialprojekt 43

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Ein Vertrauensbeweis in schwieriger Zeit

Betriebsratswahlen 2022: Erste Ergebnisse in der Automobilindustrie 49

Stephan Krull: Solidarität und Sicherheit

Kein Aufstand bei der Betriebsratswahl im VW-Konzern 51

Bernd Kruppa: Ein Etappensieg im Osten. Betriebsratswahlen bei BMW

und Porsche in Leipzig: Rechte verlieren deutlich an Zustimmung 54

Kerstin Klein: Erfolg in schwieriger Zeit. Betriebsratswahlen bei Ford 57

Peter Stahn: Restrukturierung in der Krise

Betriebsratswahlen bei Opel: IG Metall-Liste hat deutlich gewonnen 59

Buchbesprechung | An: Sozialismus.de

Siegfried Prokop: Das Erbe der bürgerlichen Aufklärung und der Geist

des Kommunistischen Manifests? (zu Mario Keßler, Für unsere Freiheit) 62

Günter Stolz/Brigitte Stolz-Willig: Zum Beitrag der Redaktion »Hilft die Jagd

auf kalte Krieger?« auf Sozialismus.deAktuell vom 5. April 2022 64

Dusan Tésic: »Sozialismusdebatte chinesischer Prägung«

als Webinar der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 30. März 2022 65

Impressum | Termine | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Red Rocket (Filmkritik) 69

Supplement

Marcello Musto/Erhard Korn: **Der Krieg und die sozialistische Linke**

Der Kreml – ein Rentierstaat

Wie hält Putin knapp 145 Millionen Menschen bei der Stange?

von ■ Fritz Fiehler



Vor dem Berufungsgericht 2013, Chodorkowski wurde aus seiner sibirischen Gefängniszelle zugeschaltet (Foto: dpa).

Mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine ist die Europäische Union (EU) gefordert, mit politischem Druck, Unterstützung der Ukraine und wirtschaftspolitischen Sanktionen auf seine Einstellung hinzuwirken. Die Sanktionsdebatte richtet sich insbesondere auf die Belieferung von Gas, Öl und Kohle der EU durch die Russische Föderation. Inwieweit wäre ein Energieembargo zu realisieren? Und inwieweit könnte ein derartiges Embargo Druck auf das Putin-Regime ausüben?

Dazu erklärt Janis Kluge von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin:

»Aus rein außenpolitischer Sicht ist ein Energie-Embargo die ideale Sanktion gegen Russland. Der Staatshaushalt, aus dem das Militär finanziert wird, wird geschwächt. Zudem wäre der Kollateralschaden für die russische Bevölkerung nicht so hoch wie bei anderen Maßnahmen. Ein Boykott wäre ein gezieltes Instrument, das genau den Richtigen trifft. Das russische Regime hat seine Macht um den Energiekomplex herum aufgebaut. Es sind Putins älteste Vertraute, die die Hebel in der Energiewirtschaft in der Hand haben. Öl und Gas sind für den Kreml von existentieller Bedeu-

tung.« (Janis Kluge in der Tagesschau vom 28.3.2022)

Allerdings trägt das russische Energiegeschäft nicht nur zur Finanzierung von Rüstung und Militär bei. Auf seine Erlöse muss auch für die Bezahlung von Gehältern und Renten zurückgegriffen werden. Auf diesen wunden Punkt des Regimes hat der britische Historiker Adam Tooze bereits aufmerksam gemacht. »In der Allianz mit den Oligarchen hat der Kreml das Sagen und einen Deal ausgehandelt, der dem Staat strategische Ressourcen und dem Großteil der Bevölkerung Stabilität und ak-

zeptablen Lebensstandard sichert.« (Berliner Zeitung vom 29.1.2022) Vor dem Hintergrund einer stagnierenden Industrie gehen die Einkommenssteuern zurück. Damit hängt der fiskalische Ausgleich von Rohstoffpreisen ab, wie sie auf dem Weltmarkt zustande kommen. Daher sind Bevölkerung und Staatsapparat nur bei der Stange zu halten, wenn sich der Kreml und die Oligarchen ein Geschäft teilen, mit dessen Erlösen Militär, Beamt*innen und Rentner*innen etwas geboten werden kann. Es gilt: »Ihr sorgt für uns und lasst unsere Sozialleistungen nach sowjetischem Vorbild laufen, und wir werden für euch stimmen und uns nicht für eure Diebstähle und Bestechungen interessieren.« (Zitiert nach Tooze) Ist der Status quo aber mit einer Einschränkung der öffentlichen und politischen Willensbildung verbunden, kann mit ihr eine industrielle Modernisierung nicht befördert werden. Eine Modernisierung, die für die weitere Gewinnung und Lieferung von Gas und Öl bereits vordringlich geworden ist.

Kluge erläutert: »Fördersteuern und Exportzölle auf Öl und Gas machten seit Mitte der 2000er Jahre in Russland rund die Hälfte und etwa ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen aus. ... Während des Ölbooms der Jahre 2010-2014 sind aus dem Öl- und Gasgeschäft jährlich Einnahmen in Höhe von 9 Prozent des BIP angefallen. Russland gehört damit auf den ersten Blick nicht in die Kategorie der sogenannten »Rentierstaaten«, die einen Großteil ihrer Steuereinnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas beziehen. Der Anteil der Energie-Einnahmen in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Irak liegt bei über 80% des Gesamthaushalts. Allerdings hängen auch die sonstigen Steuereinnahmen teilweise vom Energieexport ab. Die bloßen Haushaltszahlen verdecken im Übrigen die Tatsache, dass die Energieversorgung der russischen Wirtschaft mit Einnahmen aus dem Gasexport quersubventioniert wird.« (Janis Kluge, Russlands Staatshaushalt unter Druck. Berlin 2018, S.7)

Für die These vom Rentierstaat,¹ der sich mit seinen Einkünften die Zustimmung der Klassen erkaufen kann, las-

sen sich zahlreiche Länder anführen, die sich aber nach Art und Politik voneinander unterscheiden. Der Iran ist ein Rentierstaat und verhält sich auch so. Den Einnahmen nach gehört auch Norwegen dazu, verwendet seine Mittel aber für eine progressive Investitionspolitik. Afghanistan ist kein Rentierstaat, hat sich aber mit seinen externen Hilfen wie ein solcher verhalten. Daher ist der Fokus zunächst auf die Haushaltspolitik zu legen.² Was macht einen Haushalt aus, der auf die Einkommenszuwächse seiner Bürger*innen angewiesen ist? Und wie unterscheidet sich davon ein Staat, der sich eine Reihe von Nebeneinkünften beschafft hat? Mit einer derartigen Unterscheidung möchte ich Anhaltspunkte benennen, mit denen sich der Kreml als Rentierstaat verstehen ließe.

Das Regime farbig, aber das Volk grau in grau?

Mit Blick auf die Russische Föderation scheint das Bild vollständig zu sein. Das Regime wird mit einem industriellen Strukturwandel nicht fertig. Im Besitze einer Vereinskasse hält das Regime die Fäden in der Hand. Zusammen ergibt das einen Status quo, der nach außen und innen repressiv abgesichert werden muss. Reicht das?

In einem Vorwort zur zweiten Ausgabe seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« (1869) hat Karl Marx seinen Ansatz in einem bemerkenswerten Vergleich charakterisiert: »Von den Schriften, welche ungefähr gleichzeitig mit der meinigen denselben Gegenstand behandelten, sind nur zwei bemerkenswert: Victor Hugos »Napoléon le petit« und Proudhons »Coup d'état«. Victor Hugo beschränkt sich auf bittere und geistreiche Invektiven gegen den verantwortlichen Herausgeber des Staatsstreichs. Das Ereignis selbst erscheint bei ihm wie ein Blitz aus heitrer Luft. Er sieht darin nur die Gewalt eines einzelnen Individuums. Er merkt nicht, daß er dies Individuum groß statt klein macht, indem er ihm persönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde. Proudhon seinerseits sucht den Staatsstreich

als Resultat einer hervorgegangenen geschichtlichen Entwicklung darzustellen. Unter der Hand verwandelt sich ihm jedoch die geschichtliche Konstruktion des Staats in eine geschichtliche Apologie des Staatsstreichshelden. Er verfällt so in den Fehler unserer sogenannten objektiven Geschichtsschreiber. Ich weise dagegen nach, wie der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichten.« (MEW 16, S. 358f.)

Natürlich ist Geschichte nicht das Resultat von Haupt- und Staatsaktionen. Aber ein Nachzeichnen struktureller Entwicklungen hätte auch die Vereinnahmung geschichtlicher Aktionen zu vermeiden. Vielmehr wäre, folgen wir Marxens Frankreichschriften oder Engels Briefen, Raum für Willkür, Unterlassungen und Irrtümer zu lassen. Dabei sind die entstandenen »Umstände und Verhältnisse« nicht nur das Resultat von Klassenkampf, sondern sie geben auch Anlass für weitere Konflikte und deren strukturelle Wirkungen. Und dabei erweist sich der Klassenkampf mit der Redeweise von der Revolution in auf- oder absteigender Linie als eine geschichtliche Triebkraft. Eine treibende Kraft für die Entwicklung der Produktions- und Lebensverhältnisse, aber eben auch für deren Überbauten. Das lässt sich nicht in die Lernprozesse von heute für die morgige Abrechnung aufspalten, wenn es um eine »unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung« geht. (Manifest, MEW 4, S. 475)

In diesem Sinne scheint mir der Kreml noch unter dem Eindruck des De-

Fritz Fiehler arbeitet in den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) mit.

¹ Vgl. Friedrich Steinfeld: Der Krieg ist zurück in Europa, in: Sozialismus.de, Heft 4-2022, S. 13.

² »Der öffentliche Haushalt, wie er im Regierungsbudget zum Ausdruck kommt, ist Lenkung der Staatseinnahmen und -ausgaben. Allgemeiner formuliert ist er die Instanz zur Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse und Wünsche im Gegensatz zu privaten Wünschen. Es ist ferner Stätte des Niederschlags politischer Kräfte der Gesellschaft.« (D. Bell, Der öffentliche Haushalt: Über »Finanzsoziologie« und die liberale Gesellschaft, in: ders.: Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 260.

sasters der späten 1990er Jahre zu sehen, dessen praktische Deutung immer noch aussteht. Danach ist die besitzergreifende Klasse nicht ihren kriminellen Anhang losgeworden. Die Diskreditierung liberaler Kräfte hat die städtischen Mittelschichten gelähmt. Und die durch die wilde Privatisierung überrumpelte Arbeiterklasse ist nur übriggeblieben, an der in der Sowjetunion versprochenen Sozialpolitik festzuhalten. Das beschreibt prekäre Klassenverhältnisse, deren formelle Institutionalisierung die Willensbildung aber nicht in Anspruch nehmen kann.

Leckerlis für die Klassen?

Warum sich ein Rentierstaat auf Kräfteverhältnisse und strukturelle Entwicklungen auswirkt, lässt sich anscheinend mit den davon bestimmten Interessenslagen plausibel erklären. Da sich für die Rückwirkungen von Norwegen bis Venezuela mannigfache Unterschiede feststellen lassen, kann man sich mit dem ersten Eindruck nicht zufriedengeben.

Insbesondere müsste uns interessieren, inwieweit diese »ökonomische Existenz des Staates« zum Einfallstor für überkommene Vorstellungen werden kann.

Unter der Bedingung einer durch Agrikultur und Rohstoffgewinnung geprägten Nationalökonomie, ist von den Einkommen auszugehen, die für die Bestreitung öffentlicher Aufgaben einer verwickelten Besteuerung unterworfen werden. Über Budget, Steuersätze und öffentlichen Dienst haben Haushaltsberatungen zu entscheiden, nicht ohne Berücksichtigung von Wachstum, Unternehmungslust/Erwerbsgeist, sozialer Ungleichheit, Verfassung etc. Je mehr sich diese politisch geführten Klassenkämpfe von regulierten Märkten, Berechnungen eines Sozialprodukts, Sozialforschung und eben auch Ökonomiekritik leiten lassen, desto souveräner können ihre Entscheidungen sein.³ Nicht von ungefähr hat Marx sein Werk mit »Die Revenuen und ihre Quellen« abgeschlossen, in deren Vorstellungen ein komplizierter Reproduktionsprozess zum Ausdruck kommt. Die Grundrente steht hier für eine zusätzliche Beteili-

gung an der Bewirtschaftung von Erde, Wasser und Raum. Und mit ihrer Form kann eine vorgestellte Ursprünglichkeit von Gemeinwesen zum Ausdruck kommen. Unter Umständen kann das auch in der Ökonomisierung von Nebenfolgen wirksam werden.

Was heißt das für Verteilungsverhältnisse, die einem Staat nicht nur eine Beteiligung an Grundrenten erlaubt, sondern der mit dieser offenen und verdeckten Kasse auf Verteilung, Haushalt und Recht Einfluss nehmen kann? Und inwieweit kann sich ein Rentierstaat Zuspriechung oder zumindest Passivität verschaffen? Vor allem: Lassen sich auf diesem Wege Klassen und Klientel verwandeln?

»... so fallen Rente und Steuer zusammen ...« (Marx)⁴

Für die These vom Rentierstaat lassen sich m.E. drei Anhaltspunkte anführen:

Jelzins Fluch: Die Transformation stürzte die Russische Föderation in eine Katastrophe. Dazu trug die mit der Frei-

anders.

Die Tageszeitung junge Welt

GEGRÜNDET 1947 - SA./SO., 5./6. DEZEMBER 2020, NR. 285 - 2,30 EURO (DEL. 2,30 EURO (AT), 2,90 CHF (CH)) - PVSIT A10002 - ENTLOHRT BEZAHLT - WWW.JUNGEWELT.DE

ABRÜSTEN **Wir zahlen nicht für eure Kriege!**

Militärhaushalte in den USA und Deutschland werden drastisch erhöht. Bundesweiter Aktionstag gegen Aufrüstung am Sonntag

faulheit & arbeit

Wohnen im Aufwind

Serie 3. bis 12. Dezember 2020

Teil 1: Wohnen als Goldgrube

Nord Stream 2: USA

Jetzt am Kiosk!

Montag-Freitag 1,90 € - Samstag 2,30 €

Alle Verkaufsstellen unter: jungewelt.de/kiosk

setzung der Schattenwirtschaft verbundene Privatisierung bei. Die Märkte wurden ohne innere Regulierung zugelassen. Und die Bevölkerung erlitt eine beispiellose Verarmung.⁵ Das Ganze endete im Staatsbankrott von 1998. Ihre traumatische Wirkung hält immer noch an. Aus dieser »ursprünglichen Akkumulation« ging eine gesellschaftliche Gegenbewegung hervor,⁶ die sich gegen den Westen, seine Demokratie und Marktwirtschaft kehrte.

Der *Chodorowski-Prozess*: Mit der Gegenbewegung lebten Militär, sowjetische Bürokratie, Kirche und Rechtspopulismus auf. Deren nahm sich das Putin-Regime an und rundete den Reigen mit spendablen Einladungen an Le Pen, AfD usw. ab. Der politischen Formierung bis zur Parteibildung kam einerseits die Ausgrenzung der liberalen Kräfte zugute, denen die gescheiterte Transformation nachhing. Sie fielen für die Bildung einer Opposition aus. Andererseits gelang es Putin, die Oligarchen zu disziplinieren und mit ihnen ins Geschäft zu kommen.⁷ Das spezialisierte die ökonomische Existenz des Kremls: Das Regime nahm Anteil an »Bergwerksrenten«, es bezog mit seinen Konzernen Unternehmensgewinne und strich als Aktionär Dividenden ein. Das machte neben dem Budget Schatzenhaushalte und andere Kassen erforderlich – mit denen sich ein gesteuerter Klassenkampf finanzieren ließ. Mit dem Rentierstaat ist auch das ideologische Einfallstor benannt, mit dem eine dekadente Zukunft befürchtet, die Gegenwart entpolitisiert und die Vergangenheit heroisiert wird.⁸

Das *Menetekel des Maidan*: Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine schließt sich der Kreis des Putin-Regimes: Dieser Rentierstaat ist aus den strittig gebliebenen Fragen der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung ihres Produktivvermögens hervorgegangen.⁹ Damit fand sich die gesamte Rohstoffproduktion in den verschiedenen Nachfolgestaaten wieder, größtenteils in der Russischen Föderation. Mit der Privatisierung erfolgte eine Nationalisierung der Ökologie. Was dem Kreml mit den nicht mehr geteilten Einkünften haushaltspolitisch zugutekam, machte die Kontrolle seines

Einflussbereiches schwieriger.¹⁰ Belarus und Kasachstan ließen sich politisch verpflichten, nicht aber die Ukraine. Zwar brachte der Maidan keine wirklichen Lösungen zustande, aber auf seiner politischen Tagesordnung erschienen sie als ungelöste. Darüber stritt Kiew, mit welcher politischen Kreditkarte auch immer. Kurz und schlecht: Mit dem Angriff auf die Ukraine hat das Putin-Regime der russischen Gesellschaft selbst den Krieg erklärt.¹¹

³ »Wo die bürgerliche Gesellschaft Wirtschaft und politische Ordnung trennte, vereint der öffentliche Haushalt beide Bereiche, nicht zum Zwecke der Machtverschmelzung, sondern der notwendigen Koordination von Auswirkungen. Der Öffentliche Haushalt erfordert neue sozio-ökonomische Menschenrechte, die für unsere Zeit die gesellschaftlichen Bedürfnisse neu definieren, die eine politische Ordnung zu befriedigen hat.« (D. Bell: Der Haushalt..., a.a.O., S. 316)

⁴ Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 799.

⁵ Das Unverständnis der hybriden Struktur der sowjetischen Ökonomie »kam zuletzt darin schlagend zum Ausdruck, dass man mit Hilfe der Beratung von amerikanischen Ökonomen in 500 Tagen eine Marktwirtschaft etablieren wollte – ein Umstand, der sowohl viel über die Naivität der sowjetischen Ökonomen als auch die Ignoranz und Gewissenslosigkeit der amerikanischen Berater verrät.« (Stephan Krüger: Wirtschaftspolitik und Sozialismus, Hamburg 2016, S. 300)

⁶ Das imperialistische Zeitalter rekonstruiert Karl Polanyi als eine Reaktion auf die kapitalistische Vereinnahmung von Arbeit, Geld und Natur. »Der Widerstand gegen die Mobilisierung des Bodens war der soziologische Hintergrund des Kampfes zwischen Liberalismus und Reaktion, der die politische Geschichte Kontinentaleuropas im 19. Jahrhundert charakterisierte. In diesem Kampf waren die Militärs und der höhere Klerus Verbündete der Grundbesitzer, die ihre direkten Funktionen in der Gesellschaft fast verloren hatten. Diese Klassen waren nun für jeglichen reaktionären Ausweg aus der Sackgasse zu haben, in die die Marktwirtschaft und ihre Folgeerscheinung, die verfassungsmäßige Regierung, die sie zu führen drohten, da sie nicht durch Tradition und Ideologie den bürgerlichen Freiheiten und der parlamentarischen Herrschaft verpflichtet waren.« (K. Polanyi: The Great Transformation, Frankfurt a.M. 1978, S. 253)

⁷ »Ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Klassenherrschaft in Russland bestand in der Durchsetzung der Autonomie des Staates sowohl gegen die unter Jelzin entstandenen Kapitalgruppen, die Oligarchen, als auch gegen die Eliten der nationalen Minderheiten. Durch die Gründung offizieller Unternehmen und regelmäßiger Gesprächsforen erhielt das Verhältnis zwischen der Regierung, der Staatsbürokratie und der Wirtschaft einen institutionalisierten Rahmen. Im Gegenzug für die politische Entmachtung der Bourgeoisie legalisierte die Re-

gierung die aus den Privatisierungsprozessen hervorgegangenen Eigentumsverhältnisse.« (Felix Jaitner: Russland: Das »Regime der Ruhe«, in: Martin Beck/Ingo Stützle (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin 2018, S. 214)

⁸ Putins Russland »ist ein konservatives Projekt [...] Die Zukunft ist die Gesamtheit dessen, was nicht eintreten sollte; sie trägt in sich die Zersetzung, die Krankheit des Liberalismus, das Virus der Menschenrechte. Die Zukunft zeigt eigentlich keinerlei positive Züge; dort will man gar nicht hin, man will nicht in der Zeit leben. Im Gegenteil: Je weiter die Sowjetperiode zurückliegt, umso mehr wird sie als goldenes Zeitalter betrachtet, als Epoche großer Siege, als Abschnitt, in dem die Sowjetunion im geopolitischen Spiel sozusagen immer gute Karten hatte.« (S. Lebedew: Nostalgie und Autoritarismus: Das toxische Erbe der Sowjetunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2022, S. 64–74)

⁹ »Als völkerrechtliches Subjekt ist die UdSSR samt ihrer Eliten tatsächlich verschwunden, aber es gibt als Hinterlassenschaft Strukturen, die mit denen der Demokratien in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften wenig gemein haben.« (Joachim Bisschoff: Der Überfall Russlands, der Wirtschaftskrieg und die Zeitenwende, in: Sozialismus.de, Heft 4-2022, S. 8f.)

¹⁰ »Genau deshalb ist die postsowjetische Geschichte eine Geschichte von Kriegen, Zusammenstößen ethnischer Gruppen, territorialen Eroberungen und bürgerkriegsbedingtem Blutvergießen: Der Bürgerkrieg in Georgien (1991–1993), der Tadschikische Bürgerkrieg (1992–1993), der Bergkarabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan (1992–1994 und 2020), der ossetisch-inguschische Konflikt 1992 und zwei Kriege in Tschetschenien (1994–1996, 1999–2009, die sich unmittelbar auf dem Territorium der Russischen Föderation abspielten, Kriege in Abchasien (1992–1993) und Südossetien (1991–1992 und 2008), der Transnistrien-Konflikt (1991–1992) mit der Einmischung Russlands, die bewaffnete Annexion der Krim (2014) und die russische Aggression im Osten der Ukraine (2014 bis heute) sind nur eine unvollständige Liste postsowjetischer Auseinandersetzungen.« (S. Lebedew: Nostalgie ..., a.a.O.)

¹¹ »Der Feind steht im eigenen Land.« Das ist die Devise der Arbeiterbewegung gewesen. Daran knüpft Etienne Balibar in seinem Artikel über den Krieg an. Im Kommunistischen Manifest sei der Klassenkampf als ein Bürgerkrieg beschrieben worden. Aber mit der weiteren Verwendung des Klassenkampfes oder der Auseinandersetzung mit Kriegen sei der Marxismus alles andere denn erfolgreich gewesen. Dabei sei Lenin, führt Balibar an, mit seiner rigorosen Forderung der Umwandlung imperialistischer Kriege in Bürgerkriege durchaus zurückgekommen. (Vgl. E. Balibar, Krieg, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7/II, Hamburg 2010, S. 2005ff.) Ist der Bürgerkrieg als originäre Form zu begreifen, dann sind alle anderen Formen durch politische Zwecksetzung, soziale Trägerschaft und Mystifikationen zu unterscheiden – was der lateinamerikanischen Diskussion misslang. Und was für Mao Tsetung oder Che Guevara nachzutragen wäre, stünde auch für den verstaubt anmutenden Klassenkampf an. In Verfassung, Sozialstaat und Regulierung hat er mit Abstrichen Gestalt angenommen, allerdings nicht ohne Verwandlungen seiner Formen. Dafür war die Absicht, das Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes zu machen, zwar gut gemeint, aber vom Ergebnis her doch mangelhaft.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

